2020/41 Ausland

https://www.jungle.world/artikel/2020/41/todbringende-prophetenliebe

Das Blasphemie-Gesetz in Pakistan

Todbringende Prophetenliebe

Von **Thomas K. Gugler**

Der 25jährige Pakistaner, der in der Nähe des ehemaligen Redaktionssitzes von »Charlie Hebdo« zwei Menschen schwer verletzte, verstand sich als Aktivist der Gruppe Dawat-e-Islami und sympathisierte mit der islamistischen Partei Tehreek-e-Labbaik.

Zehntausende demonstrierten am 4. September in Pakistan gegen den Nachdruck von Mohammed-Karikaturen in der französischen Satirezeitung *Charlie Hebdo*. Sie forderten, die Zeichner zu ermorden und französische Produkte zu boykottieren. Die radikalislamische Partei Tehreek-e-Labbaik Pakistan (TLP) hatte die Proteste organisiert. Der pakistanische Außenminister Shah Mahmood Qureshi berief den französischen Botschafter ein. Premierminister Imran Khan verurteilte die Veröffentlichung am 25. September vor der UN-Vollversammlung als Beleidigung und rief zu einem weltweit koordinierten Vorgehen gegen »Islamophobie« und Verbrechen auf, die »im Namen der -Redefreiheit« begangen würden.

> Die Prophetenliebe bildet den Mittelpunkt der Theologie der Barelvis, deshalb lässt sich diese Emotion leicht politisieren.

Am selben Tag **verletzte der 25jährige Pakistaner Zaheer Hassan Mahmood in der Nähe des ehemaligen Redaktionssitzes von *Charlie Hebdo* in Paris einen Mitarbeiter und eine Mitarbeiterin der Nachrichtenagentur *Premières Lignes* mit einem Fleischerbeil schwer**. In einem Video, das er vor der Tat versandt hatte, beruft er sich auf seinen spirituellen Meister Ilyas Qadri, den Führer der weltweit aktiven islamischen Organisation Dawat-e-Islami, die der Barelvi-Bewegung angehört. Bei dieser handelt es sich um eine vor allem in Südasien verbreitete sunnitische Strömung.

Mahmood erklärt seinen Anschlag zum Akt des Widerstands. Er bezeichnet sich als Barelvi und Aktivist der Dawat-e-Islami. Nach Aussagen von Freunden hatte er sich in letzter Zeit ausführlich Videos der Partei angesehen. Arshad Mahmood, der Vater des Attentäters, sagte dem pakistanischen Online-Sender Naya Pakistan, er sei glücklich und stolz, dass sein Sohn die Ehre des Propheten verteidigt habe. Dann skandiert er Prophetenlob: »Als

Sklave des Gesandten akzeptiere ich den Tod.«

Auch Amir Cheema, der am 20. März 2006 die Berliner Zentrale des Axel-Springer-Verlags betreten hatte, um Roger Köppel, den damaligen Chefredakteur der *Welt*, wegen des Nachdrucks der Mohammed-Karikaturen zu ermorden, die im September 2005 in der - dänischen Tageszeitung *Jyllands-Posten* veröffentlicht worden waren, war ein Barelvi.

Die Mehrheit der Muslime Südasiens sind Barelvis. Barelvis sind Sunniten, die der hanafitischen Rechtsschule folgen und eine Art Volksislam angelehnt an den Sufismus praktizieren. In dessen Zentrum steht emotionale Mohammed-Verehrung, die zum islamischen Glaubensbeweis stilisiert wird: »Ohne Liebe zum Propheten sind alle Glaubensbekenntnisse bedeutungslos«, schrieb Ahmad Raza Khan (1856–1921), der Begründer der Barelvi-Bewegung. Er schrieb auch: »Wer jemanden mehr liebt als den Propheten, ist kein Muslim. Wer das bezweifelt, ist ein Feind des Islam.« Das klingt radikal, ist jedoch nicht notwendig mit dem Auftrag verbunden, Islamfeinde zu töten. Die meisten Barelvis unterstützen die Verfolgung religiöser Minderheiten nicht, die Ausnahme bilden die Ahmadis. Sie unterhalten keine jihadistischen Milizen, sind aber kompromisslos beispielsweise in ihrer Forderung an den pakistanischen Staat, Facebook-Kommentare, in denen der Prophet kritisiert wird, konsequent mit dem Tod zu bestrafen.

Die Dawat-e-Islami ist gegenwärtig die bedeutsamste Organisation der Barelvis. Sie entstand 1981 unter Führung Ilyas Qadris in Karachi. Ihre Laienprediger sind auch in Europa aktiv, wollen sich aber aus strategischen Gründen als unpolitisch verstanden wissen. An Aufrufen zu Gewalttaten beteiligt sich die Dawat-e-Islami nicht – aber sie verurteilt diese auch nicht. Sie toleriert ausdrücklich, dass ihre Mitglieder auch in politischen Barelvi-Gruppen Mitglied sind, und ermutigt sie teilweise auch dazu.

Hochpolitisch ist der Ansatz der sufi-islamistischen TLP, deren Anhängerschaft sich in weiten Teilen mit der von Dawat-e-Islami überschneidet. Auf Youtube predigt ihr Anführer Khadim Hussain Rizvi: »Kein wahrer Sufi kann einen Feind des Islam auf Erden tolerieren. Ein wahrer Sufi predigt weder Frieden, noch dient er dem Westen.« An anderer Stelle sagt er: »Es gibt keinen moderaten Islam ohne Jihad.« Ausfällig wird Rizvi vor allem gegenüber moderaten Barelvis. Über Tahir ul-Qadri, den Anführer der Barelvi-Organisation Minhaj-ul-Quran, die in vielen Ländern in einem direkten Konkurrenzverhältnis zur Dawat-e-Islami steht, sagte Rizvi: »Oh du kanadischer Zuhälter, du Schwein, du Pfaffe, wahrlich, du bist der Scheich Satans! Dein Leben lang hast du mit dem Namen des Propheten Geld gescheffelt und jetzt in der Zeit der Krise desertierst du und verbündest dich mit den Christen!« Die TLP macht sich mit dem Gewaltrausch attraktiv, der mit ihren Massenprotesten meist einhergeht. Rizvi, seit einem Autounfall 2006 im Rollstuhl sitzt, ist ein charismatischer Scharfmacher. Die Prophetenliebe bildet den Mittelpunkt der Theologie der Barelvis, deshalb lässt sich diese Emotion leicht politisieren.

Die Kernbotschaft der TLP lautet: »Unser Kampf: Inthronisierung des Islam!« Die TLP ist die erste Partei der Barelvis, die jihadistisch ist. Rizvi ließ sie im Mai 2017 vom pakistanischen Wahlausschuss registrieren, als politischen Flügel der Tehreek Labbaik Ya Rasool Allah (TLYP). Diese wiederum ging aus der Bewegung zur Befreiung Mumtaz Qadris hervor. Qadri, ebenfalls ein Barelvi und Aktivist der Dawat-e-Islami, **ermordete am 4.**

Januar 2011 Salman Taseer, den damaligen Gouverneur der Provinz Punjab, mit 28 Schüssen in den Rücken, nachdem dieser das pakistanische Blasphemiegesetz »reformierbar« genannt hatte. Qadri wurde zum Tode verurteilt und im Februar 2016 gehängt. Für die Barelvis war seine Verurteilung ein Affront. Ihrer Meinung nach hatte er lediglich das Gesetz in die eigene Hand genommen. Jegliche Infragestellung des Blasphemiegesetzes, das die Schmähung des Propheten mit der Todesstrafe belegt, ist für sie ebenfalls blasphemisch. Der nächste Affront war **die Aufhebung des Urteils gegen die christliche Erntehelferin Asia Bibi im Oktober 2018**, die 2010 wegen Blasphemie zu Tode verurteilt worden war. »Nach der Sharia müssen die drei Richter getötet werden«, kommentierte Rizvi trocken.

Das Blasphemiegesetz im engeren Sinne, Artikel 295-C des pakistanischen Strafgesetzbuchs, bestraft jegliche Herabwürdigung des Propheten Mohammed mit dem Tod; bis 1991 war auch lebenslange Haft als Strafe vorgesehen. Der Militärdiktator Mohammed Zia-ul-Haq führte es 1986 im Rahmen seiner Islamisierungspolitik ein. Zia konkurrierte damals mit dem iranischen Ayatollah Khomeini darum, wer seinen Staat strikter zu islamisieren vermochte. Im Oktober 1990 urteilte Pakistans staatlicher Sharia-Gerichtshof, allein die Todesstrafe sei einer Herabwürdigung des Propheten angemessen. Seit Mai 1991 ist diese die Mindeststrafe für Prophetenschmähung, zusätzlich kann ein Bußgeld verhängt werden. Damals wurde das Gesetz auch ein Mittel der jeweils Mächtigen, um sich Widersacher zu entledigen, die es angeblich an Glaubensstrenge fehlen ließen.

Dass das Gesetz überwiegend missbräuchlich angewendet wird, beispielsweise bei Nachbarschaftsstreitigkeiten und gegen religiöse Minderheiten, insbesondere Christen, ist eine Binse, die selbst in Pakistan bedauert wird. Dennoch scheiterten bislang alle Reformversuche am mörderischen Widerstand der Prophetenliebhaber. Seit 20 Jahren propagiert Pakistan landestypische Ideen zur Kriminalisierung von Religionsdiffamierung, auch international in diversen UN-Kommissionen. Am 27. September 2019 warb Premierminister Khan vor der UN-Vollversammlung für ein Verbot, den Islam zu schmähen: »In der westlichen Gesellschaft wird der Holocaust sensibel behandelt, weil er die Gefühle der jüdischen Gemeinde verletzt. Das ist alles, was wir verlangen: Redefreiheit darf nicht benutzt werden, um unsere Gefühle zu verletzen, indem man unseren heiligen Propheten beleidigt.«

Ein Rechtsschutz für Religionslehren gegen Zweifel und Kritik ist mit der Idee der Religionsfreiheit als Menschenrecht nicht vereinbar. Religionsfreiheit schützt religiöse wie nichtreligiöse Menschen; literarische Fabelwesen, religiöse Entitäten oder Glaubensinhalte genießen keinen Rechtsschutz. »Religionsfreiheit beinhaltet nicht das Recht, dass Religion von Kritik oder Spott verschont wird«, betonte die pakistanische Menschenrechtsaktivistin Asma Jahangir (1952–2018) in ihrer Funktion als UN-Sonderberichterstatterin für Religionsfreiheit während des Höhepunkts der Krise nach der Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen in *Jyllands-Posten*. Auf den Tag genau 229 Jahre vor Mahmoods Anschlag hatte Frankreich mit der Einführung des Strafgesetzbuchs am 25. September 1791 den Tatbestand der Blasphemie als »imaginäres Verbrechen« abgeschafft.

© Jungle World Verlags GmbH